

Ursula Nonnemacher

Rede zum Bericht der Landesregierung "Situationsanalyse zu Bedarfen für die Einführung akademischer Studienangebote für Pflege und Gesundheit" (DS 5/3767 in Verbindung mit der Beschlussempfehlung des AWFK DS 5/6228) 64. Plenarsitzung am 14.11.2012

- Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede!

Brandenburg gehört bisher zu den wenigen Bundesländern, die keine Pflegestudiengänge an staatlich finanzierten Hochschulen anbieten. Entsprechende Vorarbeiten zur Etablierung von gesundheitswissenschaftlichen Studienangeboten laufen seit Sommer 2010. Die mahnenden Rufe zur Schaffung dieser Studiengänge sind besonders aus dem Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitikerinnen immer lauter geworden.

Die Situation in Brandenburg ist dringlich aus folgenden Gründen:

- durch die demografische Entwicklung ist mit einem starken Anstieg der Pflegebedürftigen auf ca. 130 000 im Jahre 2030 und damit mit zunehmendem Bedarf an Pflegekräften zu rechnen
- die Nachwuchssicherung bei Lehrpersonal an Pflegeschulen ist schon seit 2010 nicht mehr gesichert; Auflagen zur Nachqualifizierung können nicht eingehalten werden
- den Anforderungen der Strukturqualitätsverordnung für Leitungspersonal in Pflegeeinrichtungen mit mehr als 80 Bewohnern ist kaum noch nachzukommen
- mit der Einstellung des Fernstudienganges Medizin- und Pflegepädagogik an der Charite 2010 und einer Umstrukturierung des Angebotes, wird der Brandenburger Bedarf nicht mehr von Berliner Hochschulen „mitgedeckt“
- der Trend zur Akademisierung der Gesundheitsfachberufe ist international schon weit fortgeschritten und nimmt auch bundesweit stark zu
- Schlüsselpositionen in der Pflege und an Schnittstellen im Gesundheitssystem sowie rasch zunehmende Spezialkenntnisse erfordern ein Studium lassen den Bedarf an akademisch Ausgebildeten stetig steigen

Der Bericht der Landesregierung zu den Bedarfen an akademischen Pflegeangeboten vom August 2011 ist hier vor über einem Jahr ausführlich debattiert worden. Er bestätigte die eingangs aufgeführten Probleme, stellte genauere Berechnungen an Ersatzbedarfen und Zusatzbedarfen für Pflegekräfte an und befürwortete 3 Studienangebote in „Medizin- und Pflegepädagogik“, „Gesundheits- und Pflegewissenschaften“ sowie „Gesundheits- und Pflegemanagement“. Der Bericht der Landesregierung wies mehrfach darauf hin, dass es sich bei den vorgestellten Zahlen von 50-60 Studienplätzen pro Studiengang um Mindestzahlen handele und auch der avisierte Finanzrahmen von 3,2 Mio € jährlich als absolute Mindestzahl anzusehen sei.

Nun sind wir ein Jahr und 2 Monate weiter und die diversen Berichte zur Situation unserer Hochschulen liegen vor. Erfreulicherweise hat sich sowohl die Lausitz-Strukturkommission als auch die Hochschulstrukturkommission unter Leitung von Prof. Buttler unisono für diese drei Studiengänge auch in den skizzierten Kapazitäten zum WS 2013/14 an der Hochschule Lausitz in Senftenberg ausgesprochen. Dort sollen die neuen Studiengänge mit bereits vorhandenen wie z.B. „Physiotherapie“ kooperieren und auch das brachliegende Angebot „Gerontologie“ wiederbeleben.

Für den Bachelor- und Masterstudiengang „Medizin- und Pflegepädagogik“ wird wegen der erziehungswissenschaftlichen Lehranteile eine Kooperation mit der Universität Potsdam empfohlen.

Für den Aufbau der drei neuen Studiengänge und für drei neue Professuren sind im Doppelhaushalt die jährlich als absolutes Minimum avisierten 3,2 Mio Euro eingestellt. Unsere Fraktion hat die Einrichtung dieser Studiengänge immer gefordert und unterstützt. Wir begrüßen, dass ihr Aufbau jetzt zum Wintersemester 2013/14 endlich begonnen werden soll und finden es ermutigend, dass das Votum mehrerer Expertenrunden dazu sehr einmütig ausgefallen ist. Der Beschlussempfehlung, die auf den Empfehlungen des AASFF basiert, stimmen wir selbstverständlich zu und freuen uns, dass darin noch einmal die Dringlichkeit und die Unverzichtbarkeit der neuen Studienangebote fokussiert wird. Auch die weitere Unterrichtung über den Stand der Einrichtung der Studiengänge findet unseren Beifall. Speziell unterrichtet werden möchten wir, ob die geplanten Studiengänge behindertengerecht sind.

Abschließend möchte ich nochmals betonen, dass sowohl die anvisierten Studienkapazitäten als auch die Finanzierung völlig unzureichend sind. Der Bedarf an Plätzen ist deutlich höher. Und für den Aufbau von drei völlig neuen, für das Land existentiell wichtigen Studiengängen 3,2 Mio zu veranschlagen, hat schon nichts mehr mit Sparsamkeit zu tun.

Wenn ich daran denke, dass Brandenburg im gleichen Atemzug mal eben 444 Mio an eine unfähige FBB (Flughafen Berlin Brandenburg) durchreichen muss, überkommt mich kalte Wut.